



Stadt Kamen

Niederschrift

HFA

über die
2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 22.05.2012
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Frau Petra Hartig
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Frau Annette Mann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Herr Martin Wiegmann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning
Herr Ulrich Klein

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann
Frau Sabrina Conrad
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten

Herr Reinhard Hasler
Herr Friedhelm Lipinski

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte 1, 2.2, 3, 4 und 5 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Kamen	027/2012
2	Abfallwirtschaft	
2.1	Abfallwirtschaftskonzept 2012 des Kreises Unna	045/2012
2.2	2. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung	044/2012
3	Feststellung Jahresabschlusses 2011 der Stadtentwässerung Kamen	037/2012
4	Haushaltsplan 2012 einschließlich Haushaltssicherungskonzept	
4.1	Sachanträge der Fraktionen	
4.2	Haushaltssatzung für das Jahr 2012	042/2012
5	Beteiligung am Modellvorhaben der Landesregierung NRW "Kommunale Präventionsketten - Kein Kind zurück lassen, Kommunen beugen vor - "	026/2012
6	Parkplatznutzung in dem Parkhaus unter dem Willy-Brandt-Platz hier: Antrag der CDU-Fraktion	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Fusion Hellmig-Krankenhaus gGmbH hier: Sachstandsbericht der Verwaltung	
2	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
3	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
027/2012

Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Kamen

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 2.

Abfallwirtschaft

Zu TOP 2.1.
045/2012

Abfallwirtschaftskonzept 2012 des Kreises Unna

Herr **Mösgen** verwies auf die vorgelegte umfangreiche Beschlussvorlage zum Abfallwirtschaftskonzept 2012 des Kreises Unna. Er fasste die wesentlichen Aspekte zusammen. Dabei ging er auf die Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, die interkommunale Kooperation zum Betrieb der Müllverbrennungsanlage Hamm sowie die Einführung der Wertstofftonne ein. Zum konkreten Ablauf der Einführung der Wertstofftonne würden zur Zeit noch Gespräche mit der GWA geführt, angestrebt werde eine Auslieferung der Tonnen an alle Haushalte innerhalb eines Zeitraumes von 4 Wochen. Für diese Zeit werde das System der gelben Säcke parallel weitergeführt. Von der Wertstofftonne verspreche man sich eine Vereinfachung für die privaten Haushalte sowie eine dauerhafte Kostenstabilität bei den Gebühren.

Herr **Krause** erinnerte daran, dass das Abfallwirtschaftskonzept 2012 ausführlich im Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt worden sei. Der Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes einschließlich der Umsetzung der EU Vorgaben sei Rechnung getragen worden.

Das vorgelegte Konzept sei aus umweltpolitischen Gründen zu begrüßen. In Bezug auf die Einführung der Wertstofftonne kritisierte er die mangelnde Öffentlichkeitsarbeit.

Den gemeinschaftlichen Betrieb der Müllverbrennungsanlage in Hamm bewertete er als zukunftsorientiert.

Herr **Mösgen** griff die Anregung zur verstärkten Öffentlichkeitsarbeit auf und informierte, dass ein umfangreiches Informationsprogramm seitens der GWA in Planung sei. Als Beispiel nannte er das Aufstellen einer Muster- tonne im Rathaus mit der Darstellung der dort zu sammelnden Wertstoffe sowie die Herausgabe von Flyern.

Herr **Grosch** führte aus, dass die Wertstofftonne von seiner Fraktion prin- zipiell begrüßt werde. Kritik gebe es in Hinsicht auf die verfügbaren Größen der Wertstofftonne. Vor dem Hintergrund, dass kleinere Tonnen zur Abfall- vermeidung beitrügen, sei eine 120 l Tonne als kleinste Einheit zu groß.

Die Kritik an den Tonnengrößen sei ihm bekannt, so Herr **Huße**. Er machte deutlich, dass bei der Einführung aufgrund von fehlenden Erfahrungswerten bestimmte Größen vorgehalten werden müssten. Die Erweiterung des Grö- ßensortimentes im Anschluss an die Erprobungsphase hielt er nicht für aus- geschlossen. Zudem wies er auf die Möglichkeit zur gemeinsamen nach- barschaftlichen Nutzung einer Wertstofftonne hin.

Herr **Tost** fügte ergänzend hinzu, dass die Wertstofftonne in Bönen bereits im Rahmen eines Pilotprojektes getestet worden sei. Das erste halbe Jahr nach der kreisweiten Einführung sei ebenfalls als Pilotphase anzusehen.

Frau **Dyduch** erkundigte sich nach der Zuordnung der Tonnen auf die ein- zelnen Haushalte, sowohl mit Blick auf Einfamilienhäuser als auch auf Mehrfamilienhäuser.

Herr **Tost** erklärte, dass bei der Einführung der Wertstofftonne drei ver- schiedene Größen bereitgehalten würden. Die Stückelung werde angepasst an die vorhandenen Größen der Restmülltonne, die Firma Remondis habe die entsprechenden Daten bereits abgefragt.

Analog zum Verfahren der Restmüllabfuhr würde die Sammlung der Wert- stoffe für Mehrfamilienhäuser in Containern erfolgen.

Die kritischen Stimmen bezogen auf die Platzprobleme hätten weniger mit der Größe der Tonnen zu tun, zeigte Herr **Huße** auf. Ausschlaggebend sei vielmehr, dass eine weitere Tonne zu den bereits vorhandenen hinzu kom- me.

Abschließend wies der Bürgermeister darauf hin, dass viele Fragen erst nach der Erprobungsphase detailliert beantwortet werden könnten.

Beschluss:

Dem Abfallwirtschaftskonzept 2012 des Kreises Unna wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.2.
044/2012

2. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 3.
037/2012 Feststellung Jahresabschlusses 2011 der Stadtentwässerung Kamen

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 4.
Haushaltsplan 2012 einschließlich Haushaltssicherungskonzept

Zu TOP 4.1.
Sachanträge der Fraktionen

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 4.2.
042/2012 Haushaltssatzung für das Jahr 2012

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 5.
026/2012 Beteiligung am Modellvorhaben der Landesregierung NRW
"Kommunale Präventionsketten - Kein Kind zurück lassen, Kommunen
beugen vor - "

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 6.
Parkplatznutzung in dem Parkhaus unter dem Willy-Brandt-Platz
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Mösgen** berichtete, dass alle Gerichtsverfahren abgeschlossen seien, es stünden jedoch noch Entscheidungen hinsichtlich der Kosten aus. Insgesamt verfüge die Tiefgarage über 123 Parkplätze, wovon 28 durch Dauernutzungsberechtigte belegt seien.

Die Sanierungskosten seien von der Stadt getragen worden. Die Dauernutzungsberechtigten würden jedoch an den laufenden Strom und Reinigungskosten beteiligt.

Zum Ergebnis der langwierigen Rechtsstreitigkeiten führte der Kämmerer aus, dass den verbliebenen 4 Dauernutzungsberechtigten aufgrund von Überbaurechten bzw. der Beteiligung an den damaligen Baukosten die entsprechenden Parkplätze zur Verfügung stünden.

Im Rahmen von Vergleichsverhandlungen seien mit einigen Dauernutzungsberechtigten Vereinbarungen zur Rückgabe geschlossen worden, so dass insgesamt 20 Parkplätze an die Stadt zurückgegangen seien.

Insgesamt sei nunmehr ein Anteil von ca. 78 % der Parkplätze in städtischem Eigentum. Es entstünden jährliche Unterhaltungskosten i.H.v. 65.000 €.

Herr **Kissing** führte aus, dass der Eindruck entstehe, dass im vorderen Bereich der Tiefgarage nur private Parkplätze zu finden seien.

Diesen Eindruck bestätigte Herr **Mösgen**. Die städtischen Parkplätze würden sich zum größten Teil im hinteren Bereich befinden. Die Lage stehe im Zusammenhang mit der Gebäudelage der Nutzungsberechtigten. Darüber hinaus werde ein Teil der als „privat“ gekennzeichneten Plätze von der Stadt vermietet.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen

Frau **Scharrenbach** fragte nach dem aus der Grundsteuererhöhung resultierenden, mittelbaren Anteil der Stadt Kamen an den Mietkosten.

Herr **Mösgen** führte aus, dass sich der aus der Grundsteuererhöhung zu erwartende Anstieg der Unterkunftskosten für Empfänger sozialer Leistungen im fünfstelligen Bereich bewege und daher nicht sonderlich ins Gewicht falle. Er könne keine Aussage darüber treffen, ob der Kreis diese Kosten ggf. durch Einbeziehung in die Kreisumlage den Kommunen weiter berechnen werde.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer